

AL' Info ¹/₁₈

3 Kyriakos Papageorgiou, AL-Spitzenkandidat im Kreis 12, im Gespräch mit Gemeinderat Andreas Kirstein.

4 Unsere bisherigen Fraktionsmitglieder auf ein Wort.

8 Die «No-Billag»-Initiative ist ein Frontalangriff auf das heutige Mediensystem. Niggi Scherr erklärt weshalb.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Unsere Ziele für den Sonntag 4. März 2018

Für die Wahlen vom 4. März formuliert die AL drei Ziele:

1. **Verteidigung des Sitzes von Richi Wolff – Erhalt und Ausbau der linksgrünen Stadtratsmehrheit**
2. **Absolute Mehrheit im Gemeinderat für Linksgrün**
3. **Verstärkung der AL-Fraktion als treibende Kraft innerhalb Linksgrün**

Wiederwahl von Richi Wolff sichern

Richi Wolff hat im Sicherheitsdepartement wichtige Akzente gesetzt. Seine Wiederwahl ist ein wichtiges Signal für ein Zürich, das mehr wagt, als den Status quo zu verteidigen. Die Wahlkampfretorik von der bürgerlichen Wende im Stadtrat nimmt keiner wirklich ernst. Das «Top5»-Bündnis kann sich mehr als glücklich schätzen, wenn es das heutige Verhältnis 3 zu 6 halten kann. Die Stadtpräsidentenskandidatur von Filippo Luftibus mag dessen Ego schmeicheln, stellt aber für die Amtsinhaberin Corine Mauch keine ernstzunehmende Gefahr dar.

Parlamentarische Mehrheit für Linksgrün

Heute liegen AL, Grüne und SP mit 62 von 125 Sitzen eine Stimme unter der absoluten Mehrheit. Eine solche wäre namentlich bei finanz-, sozial- und wohnpolitischen Vorlagen mehr als wünschbar. Hier dockt die CVP und meist auch die GLP beim SVP-FDP-Rechtsblock an.

Dieses Ziel ist allerdings sehr ambitioniert. Die 62 Sitze im 2014 gewählten Rat beruhen nämlich bloss auf einem Stimmenanteil von 46.22%. Sie kamen nur zustande, weil wegen der undemokratischen Sperrklausel rund 6% aller Stimmen – etwa die von EVP und Piraten – bei der Mandatzuteilung nicht berücksichtigt wurden. Ob es die EVP, die 2014 nur hauchdünn scheiterte, diesmal wieder schafft, ist offen.

AL-Fraktion stärken

Eine immer stärker mittelständisch-ökologisch orientierte SP spielt gern die rechte Karte aus und zimmert parlamentarische Mehrheiten mit der GLP. Mit dieser lässt sich zweifellos die Gentrifizierung der Stadt Zürich hin zu einem rosa-grün-liberalen 2000-Watt-Biotop für Gutqualifizierte und Gutverdienende vorantreiben. Unabhängig davon, ob wir eine Mehrheit für Linksgrün im Parlament erobern können oder nicht, braucht es deshalb mehr denn je den klaren sozialen Kontrapunkt von links der AL. Damit nicht nur die «Zoogler», sondern auch das Fussvolk, das die Google-Büros putzt, weiterhin Platz in dieser Stadt haben. Mehr «Noigass» – weniger Europaallee: damit der wohnpolitische Grundsatzartikel – ein Drittel gemeinnützige Wohnungen bis 2050 – nicht bloss durch Nachverdichtung und Abwracken preisgünstiger Genossenschaftssiedlungen verwirklicht wird, sondern durch eine offensive Politik gegenüber privaten

Grossgrundbesitzern. 2014 holten wir 6.46% der Stimmen. Den neunten Sitz erbten wir allerdings nur, weil die EVP an der 5%-Sperrklausel scheiterte.

Bei den Kantonsratswahlen 2015 steigerten wir uns, jedoch bei sehr tiefer Wahlbeteiligung, auf 7.77% - was für 10 Sitze reichen würde. Für Zuwachs ist also Potential vorhanden.

«No Billag» abschmettern!

Vor vier Jahren feierten wir einen kommunalpolitischen Sieg und kassierten eine eidgenössische Niederlage bei der Einwanderungsinitiative der SVP. Am 4. März steht beim Bund erneut eine Schicksalsabstimmung an: der Frontalangriff der «No-Billag»-Staatsabbauer von rechts gegen das öffentlich-rechtliche Mediensystem und die SRG. Wenn es uns nicht gelingt, diese medienpolitische Atombombe zu entschärfen, zählt auch ein AL-Wahlerfolg nur wenig.

Das AL-Wahlteam



Parolen

Abstimmungen vom 4. März:

BUND

«No Billag»-Initiative
Neue Finanzordnung 2021

NEIN
JA

STADT ZÜRICH

Gemeinderatswahlen

Liste 6

Stadtratswahlen

Richard Wolff, Karin Rykart, Daniel
Leupi, Corine Mauch, Claudia Nielsen,
Raffael Golta, André Odermatt

Stadtpräsidium

Corine Mauch

Termine

Samstag, 27. Januar, 14 bis 16 Uhr
Ausserisihl im Sog von Aufwertung
und Vertreibung. Quartier- und
Treffpunkt: Helvetiaplatz.
Schluss: Neugasse/Josefwiese

Der Wolff kommt - und hört zu.
Montag, 29. Januar, 19.30 Uhr,
Kubaa (im alten Bahnhof), Bach-
mannweg 16.

Donnerstag, 1. Februar, 19.30 Uhr,
Gemeinschaftsraum Katzenbach-
weg 5. Stadtrat Richard Wolff will
wissen, was die Stadt in Affoltern
und Seebach verbessern kann.

Dienstag, 30. Januar, AL-Vollver-
sammlung. 19 Uhr Gemein-
schaftsraum Hellmi. Themeninput
zur Verkehrspolitik.

Montag, 5. Februar, 19.30 bis 21 Uhr
Tagesschule à la Zurichoise: Damit
drin ist, was drauf steht. Mit
Rosa Maino, Markus Pfister,
Walter Angst und anderen. MI-
MOS, Kornhausstrasse 18.

Dienstag, 6. Februar, 18h30
Lesung mit Willi Wottreng. Lustige
und himmeltraurige Geschichten
über das Leben von Menschen am
Rand. Hotel
Rothaus,
Sihlhallenst-
rasse 1.

Mittwoch, 21.
Februar, ab 19
Uhr
AL im Exil. Mit
Allschwil
Posse, Renato
Kaiser, La
Nefera, Etrit
Hasler. Exil
Zürich.

AL im
EXIL

Spoken Words and Concerts
Live: Allschwil Posse, La Nefera
Spoken Words: Renato Kaiser,
Etrit Hasler

Mi. 21. Februar 2018

Türöffnung: 19 Uhr, Beginn: 20 Uhr
EXIL Club Zürich, www.exil.ch

AL

Unruhe bewahren.

al-zh.

Transparente
Wahlfinanzen

Von Transparenz bei den Wahl- und Abstimmungsfinanzen reden viele, die AL praktiziert sie. Hier unsere Budget- und Spendenzahlen.

Schon 2014 haben wir im AL-Info 14/04 das Wahlbudget und die Finanzierung offengelegt. Für die Stadtzürcher Stadt- und Gemeinderatswahlen vom März 2018 haben wir ein Budget von gut 183 000 Franken, das sich wie folgt zusammensetzt:

AL-Wahlbudget: wieviel wofür	
Druckkosten	20 000
Inserate	37 000
Online Produktion/Werbung	9 000
Events/Diverses	12 500
Verteilkosten	10 000
Grafik/Fotografie	28 500
Ausgaben Total	183 500

AL-Wahleinnahmen: wieviel von wem	
Wahlspenden	8 0000
Beitrag Richard Wolff	26500
Beitrag AL	55 000
Beitrag AL Kanton	2 000
Donation Wahlen	20 000
Einnahmen total	183 500

Der AL-Beitrag wird aus allgemeinen Mitteln – Mitgliederbeiträge, Mandatsabgaben, allgemeine Spenden – bestritten. Den grössten Einnahmeposten stellen mit 80 000 Franken die Spenden, die gezielt für die Wahlen geleistet werden. Mitte Dezember 2017 hatten wir das Spendenziel bereits zu gut zwei Dritteln erreicht. Von Juni bis Mitte Dezember 2017 haben wir insgesamt 275 Wahlspenden mit zusammen 45 420 Franken erhalten. Zwar entfällt der Hauptharst der Zahlungen - 40 % - auf Kleinstspenden unter 100 Franken, insgesamt erbringen

diese jedoch bloss 11% der Einnahmen. Auf Spenden bis und mit 199 Franken entfallen drei Viertel der Zahlungen, aber bloss ein Drittel der Einnahmen. Je ein weiteres Drittel steuern die 57 Spender*innen mit Beträgen zwischen 200 und 999 Franken und die 12 mit Beträgen von 1 000 Franken oder mehr bei. Die beiden höchsten Spenden betragen je 2 000 Franken.

Aufschlüsselung Wahlspenden		
Anzahl	Betragshöhe	Total
12	1 000 und mehr	14 600
57	200 - 999	16 210
94	100 199	9 727
112	unter 100	4 833

Das Fazit ist klar. Die AL braucht beides: viele kleine Spenderinnen und Spender und eine solide Anzahl von mittleren und grossen Gönnerinnen und Gönnern. Allen, die gespendet haben und noch spenden werden, an dieser Stelle unser herzlicher Dank. Um unser Spendenziel von CHF 80 000 zu erreichen, nehmen wir gerne Spenden entgegen auf 87-63811-5 oder IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5 (Vermerk: «Wahlen»).

Das AL-Wahlteam

Impressum

Offizielles Mitteilungsblatt für Mitglieder der Alternativen Liste. Abopreis: 10 Franken, im Mitgliederbeitrag enthalten.

Alternative Liste (AL)
Postfach 1005, 8026 Zürich, al-zh.ch
Sekretariat Marco Toscano, Laura Braunschweig, Molkenstr. 21, 8004 Zürich, sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45
IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5
Erscheint 4 bis 6 mal jährlich
Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich
Redaktion Niklaus Scherr, Andrea Leitner, Attilio Stoppa.

Kyriakos Papageorgiou kandidiert



Kyriakos, Du kandidierst auf Platz 1 der AL im Kreis 12. Was sind Deine wichtigsten Anliegen?

Obwohl der Kreis 12 einen sehr hohen Anteil an «normal» arbeitenden Menschen hat, sind diese Stimmen im Gemeinderat nicht wahrnehmbar vertreten. Zudem sind zahlreiche Eingebürgerte in Schwamendingen noch NIE wählen oder stimmen gegangen. Diese Menschen will ich mit meiner Kandidatur dafür motivieren. Selber bin ich als Siebenjähriger nach Zürich «immigriert» worden und kenne daher den ganzen Integrationsprozess in die Zürcher Gesellschaft aus eigener Erfahrung. Darum hoffe ich, dass ich diese Menschen motivieren kann, einem aus ihren Reihen die Gelegenheit zu geben, auch sie zu repräsentieren.

Du politisierst seit vielen Jahren im Gemeinderat. Woher holst Du Deine Motivation für Dein grosses politisches Engagement? Was motiviert Dich für eine erneute Amtszeit?

Unsere Welt ist nicht vollkommen. Und wird es höchstwahrscheinlich auch nie werden. Umso wichtiger ist es, dass wir, nur weil es uns persönlich bessergeht als dem Gros der Menschheit, nicht aufhören, das Krumme «krumm» zu nennen und das Falsche «falsch»! Wir, die nicht Hunger leiden und nicht frieren, haben die Verpflichtung, auch für die Menschen Partei zu ergreifen, die es selber nicht so gut können. Diese Arbeit ist ohne Ende und ich fühle mich gesund genug, um mir Mittwoch für Mittwoch die leeren Worthülsen der National-Konservativen anzuhören und wo nötig das Wort zu ergreifen oder mit einem kurzen Zwischenruf die Unsinnigkeit ihrer Phrasen zu entlarven. Die wichtige Arbeit fällt aber vorher in den Kommissionen an. Dies bedingt sehr viel «Freizeitarbeit», was oft auf Kosten der Familie geschieht.

Kannst Du etwas über Deine politische Herkunft sagen? Wie hast Du den Weg von der SP in die AL gefunden?

Nach meiner Lehre als Maschinenmechaniker habe ich die Matura nachgeholt

und an der Hochschule St. Gallen Betriebswirtschaft, Recht und Staatswissenschaften studiert. Allerdings ohne dort abzuschliessen, denn Ende der 80er-Jahre war die HSG eine Lehrstätte der «Gewinnmaximierer». Und trotz fetter «Boni- und Lohnaussichten» konnte ich schon damals nicht dahinterstehen. Vor ca. 25 Jahren habe ich mich entschlossen, als aktives Mitglied der SP beizutreten. Damals hatte die SP auch noch Mitglieder, die aus der christlichen und gewerkschaftlichen Mitte heraus politisierten. Sie sind in der SP leider am Aussterben. Es ist eine Generation nachgerutscht, die andere Interessen vertritt. Schon seit geraumer Zeit habe ich diese Werteververschiebung in meiner Sektion missbilligt, und so ist es schleichend zur Entfremdung zwischen mir und einem Teil des Vorstandes gekommen. Ich bin Idealist und der Auftritt der AL und ihre Forderungen erinnern mich an den Kyriakos zu Beginn seiner politischen Laufbahn! Für diese Werte will ich mich engagieren. Die Anfragen anderer politischer Parteien habe ich abgelehnt, sie waren mir zu ideologisch.

Inzwischen haben wir bereits zwei aktive ImkerInnen in unseren Reihen...

Zum Imkern bin ich gekommen, weil mein Sohn sich einen Imkerkurs wünschte, aber zu jung war, um ihn allein besuchen zu dürfen. So ergab sich für mich eine Gelegenheit, die Vater-Sohn-Beziehung zu stärken und mit ihm regelmässig etwas Spannendes zu unternehmen. Dies als Ausgleich zu meinen vielen „Fehlzeiten“ an den Mittwochen, im Gemeinderat... Ziemlich schnell aber hat es auch mir den Ärmel reingezogen. Ich bin ein begeisterter «Hilfsimker» geworden. Der Hauptimker und auch Goldsiegelimker aber ist mein Sohn. Er leistet die Hauptarbeit und ich geniesse den Ruf als Imker. Zudem hat mir das Imkern die Erziehung enorm erleichtert, denn ich habe meinem Sohn nie sagen müssen, dass es Fleiss braucht, um auch Erfolg zu haben. Das hat er beim Imkern selbständig gelernt. Und am Ende, wenn ich den eigenen Honig geniessen kann, weiss ich, wie sich die Götter auf dem Olymp gefühlt haben müssen, als sie Ambrosia genossen. So fein schmeckt unser Honig!

Interview: Andreas Kirstein

AL Serientipp

Ezgi Akyol empfiehlt:



TRANSPARENT. Seit 2014, USA. Produktion: Jill Soloway (Idee), Victor Hsu, Amazon Prime.

Transparent erzählt die Geschichte der 68-jährigen trans*Frau Maura

Pfeffermann, die ihren erwachsenen Kindern und ihrer Ex-Frau mitteilen will, dass sie seit einiger Zeit als Frau lebt. Im Zentrum steht die Selbstfindung von Murras Kindern. Die Älteste, Sarah, verlässt kurz nach Murras Coming-out ihren Mann und zieht mit ihren Kindern zur lesbischen Freundin aus Studienzeiten. Sohn Josh führt ein ausschweifendes Sexleben. Die Jüngste, Ali, findet weder einen passenden Beruf noch eine Beziehung und gibt sich Porno-Phantasien und Drogenexperimenten hin. Regisseurin Soloway ist überzeugt, dass sich die Welt verändern lässt, wenn Frauen, People of Colour oder LGBTI-Menschen den Mittelpunkt der Geschichten bilden. Der sensible und dennoch unsentimentale Umgang mit Gendergrenzen und Sexualität macht Transparent zu einer besonderen, berührenden Serie.

Christina Schiller empfiehlt:



BLACK MIRROR. Seit 2011, UK. Produktion: Charlie Brooker (Idee), Annabel Jones, Emma Pike, Barney Reisz, Netflix.

Black Mirror steht für den Bildschirm

eines Fernsehers, Computers oder Smartphones. Jede der in sich geschlossenen Episoden erzählt vom modernen Individuum, das sich in diesem Display spiegelt, narzisstisch, naiv und manipulierbar. Bereits die erste Folge ist eine beissende Kritik an der digitalisierten Gesellschaft und den von Push-Meldungen geprägten Medien. Die Prinzessin von England wird gekidnappt, und die Entführer verlangen, dass der Premierminister live im Fernsehen mit einem Schwein kopuliert. Das reicht, um ein ganzes Land in den Ausnahmezustand zu versetzen. Nicht jede Episode hält am Ende, was sie verspricht. Doch in jeder steckt ein Stück Wahrheit und ein Appell zum Nachdenken, was unser unbedarfter Umgang mit der Digitalisierung für die Zukunft unserer Gesellschaft bedeuten könnte.

Bereit zur Wiederwahl



«Alle hier lebenden Menschen gehören gleichermassen der Gesellschaft an. Sie alle haben ein Recht auf rechtliche, politische und soziale Teilhabe und Mitbestimmung - unabhängig

von ihrem Aufenthaltsstatus. Zürich soll eine Stadt für alle BewohnerInnen sein! »

Ezgi Akyol, Spezialkommission SD (Sozialdepartement), Büro des Gemeinderats.



«Ich setze mich gegen Luxussanierungen, gegen Verdrängung der Quartierbevölkerung und für erschwinglichen Wohnraum für die weniger Verdienenden ein.» **Mi-**

scha Schiow, GPK (Geschäftsprüfungskommission).



«Wenn Zürich wirklich eine Stadt für alle sein soll, muss jetzt dem Erhalt von preisgünstigen Wohnungen Priorität eingeräumt werden. Wer ganze Siedlungen schleift, ohne den

bisherigen Bewohnerinnen und Bewohnern ein Bleiberecht zu geben, verdrängt Menschen aus der Stadt. Das muss aufhören.» **Wädi Angst, Präsident RPK (Rechnungsprüfungskommission).**

«Wenn Ältere, Junge, Familien und allgemein die schwächeren Einkommensgruppen ihre Quartiere verlassen müssen, läuft die Stadtplanung falsch. Aus den schlechten



Beispielen muss endlich gelernt werden: Verdichtung und Aufwertung auf Stadtgebiet kann nur dann als gelungen bezeichnet werden, wenn die heutigen Quartiergemeinschaften das morgen auch so sehen.» **Andrea Leitner, Spezialkommission HBD/SE (Hochbaudepartement, Stadtentwicklung).**

«Mein Vorsatz für das Jahr 2018: Weiterhin Unruhe bewahren, sei es im Gemeinderat, in der Fraktion, in der Finanzkommission, in der AL, an der Uni, in der Südkurve, im Kreis 9, im



1.Mai-Komitee, in Zürich und anderswo, in meinem und in eurem Leben! Zusammen Unruhe bewahren macht mehr Spass, deshalb freue ich mich auf gemeinsame Aktionen und auf spannende und kontroverse Diskussionen.» **Christina Schiller, Spezialkommission FD (Finanzdepartement).**

«Ein sinnvoll alimentiertes und konzipiertes Bildungswesen fördert die Chancengerechtigkeit und ist ein wichtiger Grundpfeiler der Demokratie schlechthin. Deshalb gilt es den

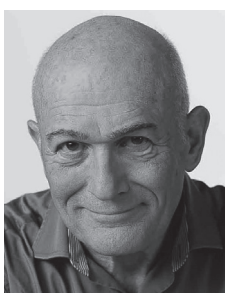


Umbau zum Schulsystem TS2025 kritisch und regsam zu begleiten, damit er nicht zur verkappten Sparübung verkommt.» **Rosa Maino, Spezialkommission PRD/SSD (Präsidialdepartement/ Schul- und Sportdepartement).**



«Damit die in der Gemeindeordnung der Stadt Zürich festgeschriebenen links-grünen Träume wenigstens zum Teil Realität werden und nicht nur Wunschenken bleiben - für ein

2000-Watt-taugliches, offenes und tolerantes Zürich, in dem es Platz für alle hat, auch für die wenig und nichts Verdienenden. Zürich muss bezahlbar, öffentlich und bewohnbar bleiben.» **Andreas Kirstein, Fraktionspräsident, IFK (Interfraktionelle Konferenz), PUK ERZ (Parlamentarische Untersuchungskommission ERZ), Spezialkommission TED/DIB (Tiefbau- u. Entsorgungsdepartement, Departement der Industriellen Betriebe).**



«Velos gibt's schon doppelt so lange wie Autos, ihre Nützlichkeit in jeder Hinsicht ist unbestritten. Sie sind zwar an den Rand gedrängt, müssen ihren Platz für eine menschen-

gerechte Stadt aber diskussionslos zurückerhalten. Das ist Schwerarbeit, Detailarbeit und auch Überzeugungsarbeit. Deshalb bin ich als AL-Vertreter auch dem Komitee der VI „Züri Autofrei“ beigetreten, auch wenn mir klar ist, dass diese Forderung schon ein bizli weit geht... » **Edi Guggenheim, SK SID/V (Spezialkommission Sicherheitsdepartement, Verkehr).**



«Für 2018 wünsche ich allen AL-Mitgliedern und AL-Sympis eine intakte Gesundheit. Im nächsten Jahr wird sich die AL weiterhin für die Stabilisierung der Stadtspitäler

und gegen deren Privatisierung einsetzen. Gesundheit soll nicht zur Luxusware werden, die sich nur wenige leisten können. Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen ist die beste Garantie dafür, dass alle Menschen weiterhin freien Zugang zur Medizin erhalten.» **David Garcia Nuñez, Spezialkommission GUD (Gesundheit- und Umweltdepartement).**

Wolff setzt Akzente

In den letzten fünf Jahren konnte ich im Sicherheitsdepartement Akzente setzen. Ich habe dafür gesorgt, dass keine neuen Videokameras auf öffentlichem Grund installiert und die Hausbesuche bei erleichterten Einbürgerungen stark reduziert wurden. Die Prostitutionsgewerbeverordnung habe ich liberalisiert, die Dialogforen zu Fussball, Prostitution und Rassismus gestärkt und ausgebaut, den Runden Tisch zum Nachtleben habe ich frisch ins Leben gerufen.

Ich Sorge dafür, dass in einem gesellschaftspolitisch wichtigen Departement den Werten der AL Beachtung verschafft wird.

Grundrechte, Respekt, Toleranz

Ich habe entschieden, dass Koran-Verteilaktionen nicht von vornherein zu verbieten sind, sondern Gesuche einzeln geprüft werden müssen. Grundrechte auf der einen, öffentliche Sicherheit auf der anderen Seite stehen hier in einem Spannungsfeld, das genau analysiert werden muss. Ich kann mich im Sicherheitsdepartement für Grundrechte engagieren, kann gegenseitigen Respekt, Toleranz und Rücksicht als Handlungsrichtlinien setzen und verfolgen. Hier will ich dranbleiben und mittel- und längerfristige Entwicklungen beeinflussen. Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum gehören zu den Kernthemen des Sicherheitsdepartements. Wie sie gelöst werden, ist entscheidend für die Atmosphäre einer Stadt. Alle sollen sich in Zürich sicher und wohl fühlen können. Ziel ist eine lebenswerte Stadt, eine Stadt, in der alle gleich behandelt werden, in der alle, die sich respektvoll verhalten, willkommen sind und freundlich angesprochen werden. Als Sicherheitsvorsteher leiste ich meinen Beitrag zum guten Zusammenleben.

Als politischer Vorsteher und somit auch oberster Chef der Stadtpolizei habe ich die Verantwortung für den gesamten Betrieb. Und dieser Verantwortungsbereich ist breit: Finanzen, Ausrüstung, Infrastruktur, Sicherheit, Personal, Recht, Kommunikation gegen innen und aussen und vieles mehr. Ich bin aber nicht nur Verwalter, sondern auch Gestalter. Ich will dort etwas verändern, wo Handlungsspielraum vorhanden und Veränderungen wichtig sind.

Projekt Pius

Deshalb habe ich das Projekt Pius (Polizeiarbeit in urbanen Spannungsfeldern) initiiert. Der Druck aus der Bevölkerung und der Politik haben dazu geführt, dass wir uns intensiv mit diesen Spannungsfeldern beschäftigen. Zum Beispiel mit Personenkontrollen. Polizistinnen und Polizisten sind einerseits zunehmend verbaler Gewalt und Attacken ausgesetzt, andererseits steht der Vorwurf im Raum, dass bei Personenkontrollen nicht alle Menschen gleichbehandelt werden. Dass also Alter und Aussehen eine Rolle spielen, ob und wie jemand von der Polizei kontrolliert wird.

Eine erste Bestandesaufnahme zu den wissenschaftlich begleiteten Untersuchungen konnte ich Ende Jahr präsentieren, und erste Massnahmen wurden bereits verfügt. Die Polizei muss bei Personenkontrollen den Grund angeben, das Bauchgefühl allein reicht nicht mehr. Zudem werden die Kontrollen neu über eine App statistisch erfasst. Diese sind anonymisiert, erlauben aber dennoch künftig eine Auswertung über die durchgeführten Kontrollen. Dadurch haben wir neu ein Analyseinstrument, solche Daten fehlten bis anhin. Die ersten Auswertungen zeigen mir, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass wir es noch besser machen können und die Stadtpolizei Zürich zu Veränderungen bereit ist.

«Ich will dort etwas verändern, wo Handlungsspielraum vorhanden und Veränderungen wichtig sind.»

Aber Veränderung braucht Zeit, das ist ein langwieriger Prozess. Das sehe ich bei der Zusammensetzung des Corps. Diversität ist ein Stichwort, bei dem ich dranbleiben will. Ich möchte bei der Polizei mehr Frauen, mehr Menschen mit Migrationshintergrund, mehr Polizistinnen und Polizisten, die auch in der Stadt leben. Es ist wichtig, dass Menschen mit den verschiedensten Biographien bei der Polizei arbeiten, damit die Polizei die Gesellschaft widerspiegelt. Mittels gezielter Personalwerbung, einem überarbeiteten Rekrutierungsverfahren, gezielter Frauenförderung und besseren Teilzeitarbeitsmöglichkeiten soll die Diversität im Personal vergrössert werden. Erste Erfolge sind erkennbar, aber ich möchte

noch mehr erreichen.

Keine Stigmatisierung von Bevölkerungsgruppen

Die in den Medien geführten Diskussionen rund um meinen Entscheid, die Nationalitäten in Polizeimitteilungen nicht mehr automatisch zu nennen, habe ich erwartet; in ihrer Heftigkeit – und Undifferenziertheit – haben sie mich aber auch überrascht. Ich bin davon überzeugt, dass solche Angaben Vorurteile gegen Minderheiten verstärken und ganze Bevölkerungsgruppen abgestempelt werden, weil ein Zusammenhang zwischen Tat und Nationalität nahegelegt wird, der nicht gegeben ist. Deshalb habe ich diesen Automatismus durchbrochen.

Tempo 30 – weniger Lärm

Bis im nächsten Frühling müssen die Gemeinden Massnahmen zur Verkehrslärmreduktion umsetzen. Ich habe auf vielen Nebenstrassen, teilweise auch auf Hauptstrassen, Tempo 30 verfügt. Dagegen wurde Einspruch erhoben, viele Verfahren sind noch bei den Gerichten hängig. Obwohl ein letztinstanzliches Urteil noch fehlt, habe ich bereits auf 30 zusätzlichen Strassen Tempo 30 signalisieren lassen, da es mir wichtig ist, in diesem Bereich die nötigen Massnahmen umzusetzen.

Um den Lärm zu reduzieren, haben wir auch die automatischen Zufahrtskontrollen im Kreis 4 eingerichtet, um das Nachtfahrverbot wirkungsvoll durchzusetzen. Es ist wichtig, die Wohnbevölkerung vor unnötigem Lärm zu schützen. Und genauso wichtig ist, dass noch mehr in die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden investiert wird. Bei der Signalisation für die Velofahrenden gibt es noch Luft nach oben. Wenn schon die Infrastruktur in der Stadt Zürich für den Verkehr noch nicht überall optimal ist, muss dort etwas geschehen, wo es Spielraum für Veränderungen gibt. Diesen möchte ich in Zukunft noch konsequenter ausnutzen.

Ich bin überzeugt, dass es nötig ist, den eingeschlagenen Kurs die nächsten vier Jahre beizubehalten. Und dass es Zürich guttut, eine kritische, alternative, linke Stimme aus dem Stadtrat zu hören.

Richard Wolff

Stadtwerke fürs Volk



Wie weiter mit Stadtwerk Winterthur? Die Auslagerung ist im Moment auf Eis gelegt, aber es ist so sicher wie das Amen in der Kirche,

dass dieser Ball wieder aufgenommen wird - mit dem gleichen Ziel: Umwandlung in eine AG. Zur Privatisierung ist es dann nur noch ein kleiner Schritt. Wie damit umgehen? Immer auf dem Status quo beharren? Die AL möchte eine progressive Alternative ins Spiel bringen: die Umwandlung der Stadtwerke in eine Genossenschaft. Die Stadtwerke würden mehr unternehmerische Freiheiten erlangen, aber gleichzeitig unter demokratischer Kontrolle bleiben. Die Genossenschaftsanteile würden unter EinwohnerInnen, Angestellten und Stadt aufgeteilt. Damit übt die Einwohnerschaft in Zukunft direkte Kontrolle über den städtischen Energieversorger aus. Allfällige Gewinne würden zur Hälfte an die Stadt abgeliefert, die andere Hälfte zwischen Angestellten und Konsumenten aufgeteilt. Damit könnte die Stadtkasse wie bisher von den Gewinnen profitieren. Neben der Vollversammlung würde die Genossenschaft von einem Rat kontrolliert, der sich zu je einem Drittel aus KonsumentInnen, Angestellten und VertreterInnen der Stadt zusammensetzt. Die Stadtwerke wären einer positiven Gemeinwohlbilanz und der Werterhaltung verpflichtet – damit könnten alle BewohnerInnen der Stadt profitieren!

David Berger, AL-Gemeinderat Winterthur

Unruhe bewahren.
das sALz in der politsuppe.
4.3.2018 Liste 8
AL* Alternative Liste
f AL Winti www.al-winti.ch

Wahlen Limmattal

Die AL-Limmattal ist in Dietikon seit acht Jahren im Gemeindeparlament vertreten. Daneben hat sie einmal für die Gemeindeexekutive von Oberengstringen kandidiert. Bei den Wahlen im Jahre 2018 treten wir wieder an. In Dietikon für das Gemeindeparlament und in Oberengstringen für die Rechnungsprüfungskommission und die Sozialbehörde.

Die Rechnungsprüfungskommission und die Sozialbehörde werden in Oberengstringen, das über kein Parlament verfügt, durch die Stimmberechtigten gewählt. Keine Liste für den Gemeinderat kam leider in Schlieren zustande.

Zu den Stadtratswahlen in Dietikon treten wir diesmal nicht an. Bei den letzten beiden Wahlen konnte unser Kandidat immerhin einen Achtungserfolg verzeichnen. Zudem bringt eine Beteiligung an den Stadtratswahlen eine vermehrte Aufmerksamkeit. Dies schlägt sich jedoch nicht automatisch in vielen Wählerstimmen für die Partei nieder: der Spitzenkandidat wird zwar sehr viel panaschiert, das wirkt sich in einem Wahlkreis mit 36 Sitzen aber nur schwach aus.

In Dietikon kandidieren für die sieben Stadtratssitze 12 Männer und keine einzige Frau. Die SVP erlaubt es sich, mit drei Männern ohne eine Frau anzutreten. Mit einer Frauenkandidatur wären diesmal die Wahlchancen bestimmt exzellent gewesen. Zwei Parteilos-

se bewerben sich ebenfalls um einen Sitz. Einer hat die FDP verlassen, als er nicht für den Stadtrat nominiert wurde, der andere ist Präsident des Initiativkomitees gegen die Limmattalbahn. Diese Initiative will den Kreditbeschluss für die Limmattalbahn rückgängig machen und damit die zweite Etappe von Schlieren bis Killwangen verhindern. Welchen Einfluss die Diskussion über das Bahnprojekt im Wahlkampf hat, bleibt abzuwarten.

In Dietikon spielt die AL, obwohl wir nur über einen Sitz im Parlament verfügen, eine sehr aktive Rolle. Dank der Fraktionsgemeinschaft mit der SP sind wir auch in einer der beiden ständigen parlamentarischen Kommissionen, der Geschäftsprüfungskommission, vertreten. Gegenwärtig präsidiert unser Vertreter Ernst Joss die gemeinsame Fraktion.

Wir werden in der Lokalpresse stark wahrgenommen. Andererseits leiden wir darunter, dass die Dietiker Politik für die Leser des Tagesanzeigers nicht stattfindet. Ein grosses Problem für uns!

Sowohl in Oberengstringen wie in Dietikon steigen wir guten Mutes in die Wahlen. Immerhin konnten wir bei den letzten Wahlen unseren Stimmenanteil um 50% steigern. Damals mobilisierte die Masseneinwanderungsinitiative. Diesmal wird es die No-Billag-Initiative sein. Wie sich dies auswirkt, ist die grosse Frage.

Ernst Joss

Flüchtende Menschen ausgrenzen?
Schluss damit!
Am 4.3.2018 AL-Liste 6
Richard Wolff wieder in den Stadtrat.
AL* Alternative Liste Unruhe bewahren. al-zh.ch

Schulen kaputtsparen?
Schluss damit!
Am 4.3.2018 AL-Liste 6
Richard Wolff wieder in den Stadtrat.
AL* Alternative Liste Unruhe bewahren. al-zh.ch

3500.- für 3,5-Zimmer?
Schluss damit!
Am 4.3.2018 AL-Liste 6
Richard Wolff wieder in den Stadtrat.
AL* Alternative Liste Unruhe bewahren. al-zh.ch

Nur noch private Profit-Spitäler?
Schluss damit!
Am 4.3.2018 AL-Liste 6
Richard Wolff wieder in den Stadtrat.
AL* Alternative Liste Unruhe bewahren. al-zh.ch

Unruhe bewahren.
4.3.2018 AL-Liste 6
Richard Wolff wieder in den Stadtrat.
AL* Alternative Liste Unruhe bewahren. f Alternative Liste 20 al-zh.ch

Wolff tut Zürich gut.
Am 4.3.2018 wieder in den Stadtrat:
Richard Wolff.
Zusammen mit Corine Mauch, Claude Nollan, Karin Rykart, Raphael Gotti, Daniel Leupi & André Gnehm.
AL* Stadtrat Wolff richard-wolff.ch

Sparen und Steuern senken



Der Kantonsrat verabschiedete gegen die Stimmen von AL, Grünen und SP das Budget für 2018.

Obwohl das Sparprogramm Lü 16 noch nicht fertig beraten ist, standen bereits wieder Steuersenkungen und weiteres Sparen im Raum. Die SVP wollte den Steuerfuss um 2 Prozente senken und weiter sparen. Die übrigen Parteien von FDP bis GLP wollten sparen und keine Steuern senken. Obwohl mehr Einwohner und Einwohnerinnen mehr staatliche Leistungen benötigen, sollen Stellen abgebaut werden. Wo konkret Stellen aufgehoben werden sollen, wurde aber nirgends gesagt. Mehr Stellen gibt es nur für die Strafverfolgung.

Gespart wurde auch bei der individuellen Prämienverbilligung, beim Verkehrsfonds und im Naturschutz. Mehr Geld für die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen trotz steigenden Prämien ist für die grosse Mehrheit im Rat ein No-Go.

Die weiteren Aussichten für die Einnahmen sehen nicht sehr rosig aus. Die neue Steuervorlage 17 führt zu massiven Steuerausfällen und grossen Entlastungen für juristische Personen. Weil der Kanton die Gemeinden mit ins Boot holen will, verspricht er den Gemeinden grosse Mittel aus den Vergütungen des Bundes. Dies führt zu einem Loch von ca. 400 Millionen bei den Einnahmen des Kantons. Deshalb ist es gefährlich, heute Steuern zu senken. Exponenten von SVP, FDP und CVP haben eine Parlamentarische Initiative zur Senkung der Vermögenssteuern deponiert. Das Rezept der Mehrheit ist klar: Der Staat muss bei den Ausgaben für die breite Bevölkerung sparen, um ihn fit zu machen für künftige Steuersenkungen für die natürlichen Personen und die Unternehmen. Profitieren sollen die Reichen und die grossen Firmen.

Die AL kämpfte erfolglos für Mehrausgaben bei der Prämienverbilligung und beim Personal. Am Schluss lehnte sie dieses Budget - das von mir als Klassenkampf von oben kritisiert wurde - ab.

Markus Bischoff

Gegen die «Entmischung»



Das Ende des letzten Jahres stand auch im Gemeinderat im Zeichen des Budgets 2018: In Form von 230 Anträgen (darunter 160 von der SVP) wurde im Schummerlicht des Ratssaals einmal mehr die finanzielle Zukunft der Stadt verhandelt.

Ungeachtet aller Vorgaben für eine effiziente Sitzung waren sich insbesondere die Vertreter der SVP nicht zu schade, in ausschweifender Poltermanier immer und immer wieder ungehemmt ihre Analmuskeln spielen zu lassen. Dies sorgte teilweise für scharfe Zurechtweisungen, auch für fragende Kinderaugen von der Tribüne herab und insgesamt für schlaffe Gesichtsmuskeln am Ende des Beratungsmarathons (weitere Details dazu lassen sich der entsprechenden Tagespresse und dem Audioprotokoll des Gemeinderats entnehmen).

Während es den Bürgerlichen nun weder gelungen ist, ihre massivsten Kürzungsanträge durchzubringen noch den

Steuerfuss zu senken, betreiben Exekutive und SP-Fraktion selbstzufrieden „Schulterklopfis“, weil die Stadtfinanzen fürs nächste Jahr ja durchaus im Lot sind und die Strategie der heute betriebenen Standortförderungs politik so schön aufgeht.

Es blieb der AL vorbehalten aufzuzeigen, dass der Reichtum der Stadt immer mehr durch die Armut der umliegenden Gemeinden erkaufte wird. Dort ziehen jene Menschen hin, die sich ein Leben in der Stadt nicht mehr leisten können. Es ist nachweislich und statistisch belegt, dass für sie solventere und höher gebildete Menschen nachrücken.

Es braucht einen klaren Fokus der städtischen Sozial- und Wohnpolitik auf genau diese Bevölkerungsgruppen und ihre Bedürfnisse. Dieser muss von allen verantwortlichen Instanzen konsequent eingefordert werden, um den demographischen Trend der Verdrängung und «Entmischung» umzukehren und ein dauerhaftes und solidarisches Zusammenleben zu sichern. Das versteht die AL-Gemeinderatsfraktion unter linker Politik, und genau darauf wollen wir uns in den nächsten Jahren konzentrieren.

Andrea Leitner

Unruhe bewahren

18. November: In knapp zwei Wochen haben die AL-Aktivist*Innen bereits 1000 Unterschriften fürs Referendum gegen die Immo-Haie gesammelt.

29. November: Die AL trägt den Kompromiss zur städtischen Vermietungsverordnung mit, warnt aber gleichzeitig vor einem forcierten Abbruch preisgünstiger städtischer Altbauwohnungen.

29. November: In ihrer Fraktionserklärung begrüsst die AL die eingeleiteten Redimensionierungsmassnahmen, um die Kosten beim Triemli unter Kontrolle zu bringen, lehnt aber die vorgeschlagene Rechtsformänderung der Stadtspitäler ab.

13. Dezember: Die AL-Fraktion fordert in ihrer Erklärung zum städtischen Budget 2018 den Stadtrat auf, in der Finanzplanung andere Akzente zu setzen. Beispielsweise in der Bildung.

13. Dezember: Die AL-Kantonsratsfraktion protestiert in einer Erklärung gegen den Rausschmiss von 33 langjährigen Mieterinnen und Mietern durch die Pensionskasse der ZKB an der Zollikerstrasse.

17. Dezember: Während die PUK ERZ in der Vergangenheit wühlt, beschäftigt sich Stadtrat Leutenegger mit den von ERZ-Pauli hinterlassenen Altlasten. Offenbar will er die 2005 von der Stadt übernommene Logistikfirma Rolf Bossard AG auf den Markt werfen und dem Meistbietenden andienen. Die AL bietet Filippo Paroli und fordert eine sozialverträgliche Lösung.

17. Dezember: Die AL-Fraktion stimmt in der Budgetdebatte den Streichungsanträgen von Grünen und SP zu dem vom Stadtrat bewilligten Formel-E-Rennen nicht zu.

23. Dezember: Schweigen auf allen Kanälen: Die Zürcher Regierung weigert sich kategorisch, Fragen von AL-Kantonsrätin Judith Stofer zu den möglichen Auswirkungen von #NoBillag und ihrer Haltung zur #Medienzerschlagungsinitiative zu beantworten.

3. Januar 2018: Die AL reicht das Referendum gegen die Steuersenkung für Banken und Immobilien-Haie ein.



Tempo 30



Heute sind viele Quartierstrassen durch motorisierten Individualverkehr deutlich überbelastet und der Strassenlärm überschreitet vielerorts die

erlaubten Grenzwerte. Die Lärmschutzverordnung des Bundes verlangt die Umsetzung angemessener Massnahmen zum Lärmschutz bis 31. März 2018 auf dem Ausbreitungsweg – im Falle von Strassen also in erster Linie durch Verminderung des Autolärms, primär durch eine Temporeduktion von 50 auf 30 km/h.

Auf dieser Forderung müssen wir bestehen – die Gesundheit und Lebensqualität Tausender Anwohnerinnen und Anwohner sind wichtig! Autos verursachen bei Tempo 50 bedeutend mehr Lärm, Abgase, Feinstaub und Unfälle als bei Tempo 30.

Richtigerweise wird nun auf Zürichs Strassen zunehmend Tempo 30 eingeführt. Doch vielerorts schiebt der Stadtrat die VBZ vor – zu gross seien die zu erwartenden Verspätungen, zu teuer ein zusätzliches Fahrzeug, das die verlorenen Minuten wieder ausgleichen könnte. Beim Blick in die entsprechenden Dossiers fällt die fadenscheinige Argumentation auf. Selbst die VBZ bekunden Zweifel an den vermuteten Zeitverlusten. Nur Versuche könnten Klarheit bringen. Anhaltender Verkehrslärm ist kein hinnehmbares Ärgernis, sondern wirkt sich laut Studien der Weltgesundheitsorganisation WHO nachweislich schädlich auf die Gesundheit betroffener Menschen aus. Eine Zunahme von Herz-Kreislaufkrankungen und Bluthochdruck, Schlaf- und Konzentrationsstörungen, Entwicklungsstörungen bei Kindern und mehr wird direkt und messbar mit Verkehrslärm in Verbindung gebracht.

Die Frage der Gentrifizierung darf uns in dieser Diskussion nicht ablenken und muss anders beantwortet werden. Unsere Forderung nach Sicherheit, Gesundheit und einer lebenswerten Stadt muss auch, und gerade, für diejenigen gelten, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind! Tempo 30 ist eine leicht umsetzbare und wirkungsvolle Massnahme für mehr Sicherheit und Lebensqualität für alle.

Olivia Romanelli, Kreis 1/2.

NEIN zum Sendeschluss!

Die «No-Billag»-Initiative, über die wir am 4. März 2018 abstimmen, ist ein Frontalangriff auf das heutige Mediensystem. Sie will die Grundlagen für jegliche Form öffentlich-rechtlicher Medien schleifen: absolutes Verbot der Gebührenfinanzierung von Radio und Fernsehen, keine Subventionierung von Sendern, Versteigerung der Konzessionen an den Meistbietenden, Aufhebung jeglicher Programmgrundsätze. Kurz: Freie Bahn für den Kommerz und die Mächtigen-Medienzaren von rechts.

Als ob wir mit den Zusammenschlüssen Blocher-BaZ & Zehnder-Regionalblätter und NZZ & Aargauer Zeitung und der TA-Mantelredaktion nicht schon genug kommerziell motivierte Medienkonzentrationen hätten.

Libertäre Staatsabbauer am Werk

«Mached us em Staat Gurkesalat!» skandierten die 80er-Bewegten einst an der Demo. Bei No-Billag feiert die Protestparole gegen die verkrustete (Kultur-)Politik traurige Urstände. Aus flapsiger Ironie ist jetzt aber heiliger Ernst geworden. Im Kernteam von No Billag – 15 Männer und keine einzige Frau – sind stramme Rechte, ideologisch motivierte Staatsabbauer, libertäre Apologeten des Anarchokapitalismus und einer rücksichtslosen Ellenbogen-Gesellschaft am Werk:

Co-Präsident Oliver Kessler, der Kopf der Initiative: einst Parteisekretär SVP Schwyz, nach einem Intermezzo bei der «Schweizerzeit» jetzt Vizedirektor am ultrarechten Liberalen Institut. Brillante mit «Politnetz»-Beiträgen wie «Korruption ist nicht immer etwas Schlechtes», «Fifa – Opfer psychologischer Kriegsführung?», «Lobbyismus ist Notwehr», «Steuerausfälle sind etwas Gutes!»;

Co-Präsident Silvan Amberg: Mitgründer der libertären Unabhängigkeitspartei up! und Steuerberater bei PWC. Gibt cool zu Protokoll: «Heute setze ich mich für die Abschaffung der AHV ein». Wie Kessler Fan der ultraliberalen Ökonomen Baader und Hoppe;

Christian Riesen, zuständig für Marketing/Logistik: propagierte als SVP-Jungspund einst die Lancierung einer

Initiative zur Abschaffung der Todesstrafe («Nur ein toter Mörder mordet garantiert nie mehr wieder!»).

SVP pusht taktisches Ja

Traut man den Umfragen, so liebäugelt eine Mehrheit mit einem Ja. Die meisten Ja-Sager*innen möchten der SRG einen kräftigen Tritt versetzen und spekulieren auf tiefere Empfangsgebühren. Sie werden bestärkt von den taktischen No-Billag-Trittbrettfahrern, die den beruhigenden Eindruck erwecken, nach einem Ja werde die SRG verschlankt und verjüngt wie Phönix aus der Asche steigen. SVP-Scharfmacher Gregor Rutz verkündet heuchlerisch: «Ich kann mir ein Abonnement der «Tagesschau» lebhaft vorstellen.» Gestützt auf eine abenteuerliche Milchbüebli-Rechnung behauptet Weltwoche-Medienjournalist Kurt W. Zimmermann, nach einem Ja könne die SRG immer noch mit drei Viertel ihrer heutigen Einnahmen rechnen. So sei zwar die Subventionierung von Sendern verboten, nicht aber die einzelner Sendungen. Und überhaupt würden Volksinitiativen in der Schweiz eh nicht wortgetreu umgesetzt. Fakt ist: Die Initiative ist glasklar formuliert und lässt kaum Spielraum für Auslegungen und taktische Verwässerungen. Dass sich auch Sozialdemokrat*innen – wie Susanne Leutenegger Oberholzer oder Nenad Stojanovic – an Spekulationen über eine «light»-Umsetzung von No-Billag beteiligen, hinterlässt einen ratlos.

Medienpolitische Atombombe

Alles fake news und bullshit! Jeder, der rechnen kann, weiss: bei einem Ja wird die SRG, die wir kennen, verschwinden. Den Entzug von 1.2 Milliarden Franken Empfangsgebühren – drei Viertel ihres Budgets – kann sie unmöglich verkraften. BZ-Basel-Chefredaktor David Sieber spricht zurecht von einer «medienpolitischen Atombombe».

Niklaus Scherr



Sendeschluss?
NEIN!